BALL BARMSTEDTER LINKE LISTE

35. JAHRGANG NUMMER 3 Oktober 2025

Verantwortlich i. S. des Presserechts: Ball-Zeitung Helmut Welk, Barmstedt Telefon: 04123/6172 Redaktionsschluss: 31.09.2025

Zeitung

Nie wieder kriegstüchtig!

20.000 Menschen in Berlin und 15.000 in Stuttgart sind am 3. Okt. für Frieden und Diplomatie, gegen Krieg und Hochrüstung auf die Straße gegangen. Eine Widerstandsbewegung, die sich gegen den sozialen Kahlschlag wehrt, der mit der hochgefährlichen Aufrüstung der Bundesregierung einhergeht, weil das Geld für marode Schulen, den Öffentlichen Nahverkehr, das Gesundheitswesen, die Kultur sowie Klimaschutz und globale Entwicklung gebraucht wird. Die Redner*innen stellten sich entschieden gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung, verurteilten die Mitschuld Deutschlands am israelischen Völkernord in Gaza, sprachen sich gegen die Wehrpflicht aus, lehnten die erwartete Stationierung von US-Mittelstrecken in Deutschland ab und forderten Diplomatie statt Waffenlieferungen. Und sie äußerten ihre Befürchtungen, dass der Druck des Schuldenmachens dieses Land zwangsläufig noch unsozialer machen wird.

Rentenpaket 2025:

Altersarmut steigt weiter an

ehr als 42 Prozent der rund 19 Millionen Altersrentner bekommen weniger als 1000 Euro im Monat. Das geht aus einem Bericht des Bundesarbeitsministeriums hervor. Die Zahlen beziehen sich auf den Stichtag Ende 2024. Das Niveau der Grundsicherung lag zu diesem Zeitpunkt bei 1011 Euro. Die Zahl der Empfänger von Sozialhilfe im Rentenalter, Grundsicherung genannt, stieg in den letzten 20 Jahren von 260.000 auf 740.000 Personen.

Die Höhe der gesetzlichen Rente hängt davon ab, wieviel während des Erwerbslebens verdient und in die Rentenkasse eingezahlt wurde. Auch die Anzahl der Jahre, in denen Beiträge gezahlt wurden, spielen eine Rolle.

Untersuchungen ergaben, dass über 60 Prozent der Berechtigten keinen Antrag auf Grundsicherung gestellt hatten. Die Gründe dafür sind vielfältig: Scham, Stolz, Ablehnung des schikanösen Kontrollsystems oder schlicht Unkenntnis. Werden diese Menschen mitgerechnet, gibt es über 1.8 Millionen Grundsicherungsberechtigte im Alter. Zu diesen 1,8 Millionen müssen noch die 520.000 Grundsicherungsempfänger aufgrund von Erwerbsminderung gezählt werden, dann kommt man zu der realen Zahl, dass mittlerweile 2,3 Millionen Menschen über 65 und mit Erwerbsminderungsrenten in Armut leben. Hinzu kommt, dass immer weniger überhaupt noch das gesetzliche Rentenalter erreichen.

Das im Sommer beschlossene Rentenpaket 2025 verhindert zwar bis 2031 das weitere Abrutschen des Rentenniveaus "vor Steuern", aber nach Abzug der zunehmenden Steuern sinkt das Niveau der tatsächlich verfügbaren Nettorenten jedoch weiter.

Barmstedter Linke Liste (BALL) fordert:

Keine Stromsperrung in Privathaushalten!

www.ball-barmstedt.de

m Jahr 2023 sind in Deutschland 204.441 Stromanschlüsse in Privathaushalten gesperrt worden. Und bei 739.000 Haushalten wurden Sperrungen angedroht. Diese hohen Zahlen spiegeln das Ausmaß sozialer Not in einem reichen Land wider. Auf jüngste Anfrage der BALL wurde im Werkausschuss der Stadt mitgeteilt, dass in Barmstedt im Jahre 2024 bis Ende September 2025 bei 40 Privathaushalten wegen Zahlungsrückständen der Strom gesperrt wurde. Ein typischer Ablauf sieht so aus: Menschen mit geringem Einkommen - Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung - leben oft in schlecht isolierten Wohnungen und älteren Elektrogeräten, und der Strombedarf ist höher. Dann kommt vom Versorger eine Nachzahlungsforderung, die aus dem geringen Einkommen nicht beglichen werden kann. Oftmals



erschweren Schicksalsschläge oder Erkrankungen die Situation. So ähnlich geschah es auch vor kurzem bei einer älteren Person in Barmstedt. Diese hatte bereits mehrere Hundert Euro einer Nachzahlungsforderung

der Stadtwerke beglichen, und dennoch sperrten die Stadtwerke die Stromversorgung. Zudem stiegen die Schulden durch die Sperrkosten wieder an. Die Folge: Kein Kühlschrank, kein Herd, kein Licht, Kochen mit teuren Gaskartuschen, Brandgefahr, Verzweiflung...

Seit 2024 darf eigentlich in Haushalten mit Kleinkindern oder pflegebedürftigen Personen der Strom nicht mehr gesperrt werden, zudem auch

nicht, wenn eine gesundheitliche Gefährdung erfolgen könnte. Und diese erfolgt im Regelfall durch den durch die Sperrung ausgeübten psychischen Stress. Die BALL hat wiederholt erklärt, dass niemandem in Privathaushalten der Strom gesperrt werden darf. BALL-Stadtvertreter Dr. Günter Thiel erklärte im Werkausschuss: "Bei Zahlungsrückständen müssen im Zusammenwirken von Stadtwerken, Sozialamt oder Job-Center Lösungen ohne Stromsperrungen gefunden werden. Eine elementare Stromversorgung gehört zum menschenwürdigen Leben, und dieses gilt für alle."



Dr. Günter Thiel Hauptausschuss

VdK-Sozialverband zum Schulstart

Teilhabe bleibt auf der Strecke

ür immer mehr Familien wurde der diesjährige Schulstart zur finanziellen Belastung. Angesicht der zunehmenden Verarmung forderte die Sozialverbands-Präsidentin Verena Bentele mehr Mittel, um die Teilhabechancen für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten zu verbessern: "Das neue Schuljahr bringt für viele Familien eine weitere Hiobsbotschaft: Laut Statistischem Bundesamt sind die Kosten für Schul- und Lehrbücher binnen eines Jahres stark gestiegen. Für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten verschärft sich dadurch ein strukturelles Problem. Ihre Teilhabe an Bildung wird zunehmend erschwert.

"Weitere Nullrunde – nicht vertretbar"

Die aktuelle Entwicklung zeigt erneut: In der Grundsicherung (von Empfängern von Bürgergeld oder Sozialhilfeleistungen) reichen die derzeitigen Regelsätze und die ergänzenden



Bedarfe im Bildungs- und Teilhabepaket vielfach nicht aus.

Sie sind realitätsfern, veraltet und nicht an die Lebensreali-

tät der Menschen angepasst. Besonders hart trifft es wieder einmal Alleinerziehende und arme Familien mit mehreren Kindern.

Eine weitere Nullrunde bei der Höhe der Regelsätze und damit auch bei den Schulbedarfen ist nicht mehr hinnehmbar. Sie verstärkt die seit Jahren bestehende Benachteiligung von Kindern aus einkommensschwachen Familien und trifft sie doppelt: durch sinkende Kaufkraft und eingeschränkte Teilhabechancen."

Bildung ist kein Luxus

Die Partei Die Linke fordert im Bundestag, dass Schulbücher und Unterrichtsmaterialien endlich kostenlos zur Verfügung stehen müssen. "Bildung ist kein Luxus", so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag. Wer gleiche Chancen für alle Kinder wolle, müsse bei den Schulbüchern anfangen. Die Linke fordert deshalb eine flächendeckende Lernmittelfreiheit, die unabhängig vom Wohnort und der finanziellen Situation der Eltern ist.

Auf Starkregenereignisse einstellen

ie etwas stärkeren Regenfälle in den letzten Monaten können auch als Mahnsignal verstanden werden für richtige Starkregenfälle bessere Vorsorge für Barmstedt zu treffen. Dazu gehört nach Auffassung der BALL eine Übersicht über die

versiegelten Flächen im Stadtgebiet sowie die Entwicklung und Umsetzung eines Entsiegelungsplans für größere versiegelte Flächen. Die Umsiedlung des Baumarktes "Kremer Glismann" in das neue Gewerbegebiet im Norden der Stadt (hinter dem Friedhof) bietet im Stadtkern z. B. die Möglichkeit eine große Fläche zu entsiegeln.

Dann muss die Stadt im Zusammenwirken mit dem Abwasserzweckverband ein Vorsorgekonzept entwickeln, das sich auf extreme Starkregenereignisse einstellt. Die bisheri-

gen Maßnahmen sind zu überprüfen. Was passiert, wenn in kurzer Zeit 100 l und mehr pro Quadratmeter fallen?

Wohnungsnot wird immer größer

ittlerweile sind einige Jahre vergangen, seit die Stadtvertretung auf Antrag der BALL beschlossen hatte, den Bau von bezahlbarem Wohnraum voranzubringen. Neben vereinzelten Überlegungen und vagen Absichtserklärungen gibt es bislang keine neuen Ergebnisse. Zwischenzeitlich eskaliert die Wohnungsnot. Die wenigen Wohnungen, die in Barmstedt auf dem Markt sind, sind extrem teuer: Mitte September war eine Genossenschaftswohnung mit einem Quadratmeterpreis von 7,52 Euro im Angebot, fünf Wohnungen lagen bei 10 Euro Kaltmiete und sechs Wohnungen zwischen 11,34 Euro und 15,90 Euro.

den gemeinnützigen Wohnungs- auch, damit die Bauruinen-



baugenossenschaften den Bau einer nennenswerten Zahl von Sozialwohnungen zu erreichen. Das in der Königsberger Straße brachliegende Wohnungspro-Die Stadt muss versuchen mit jekt muss endlich weitergehen,

landschaft mal zu einem Ende kommt. Darüber hinaus bleibt die BALL bei ihrer Forderung, dass die Stadt etwa 40 Wohnungen für einkommensschwächere Menschen selbst als kommunale Wohnungen bauen

kann, so wie es in der Feldstra-Be beispielhaft erfolgte.

Der Deutshe Mieterbund (DMB) hat im August eine Zwischenbilanz zu den mietenpolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung veröffentlicht. Darin fordert der DMB die Überarbeitung der Mietpreisbremse und begrüßt, dass im September die Bundesregierung endlich eine Expertengruppe eingesetzt hat, die Vorschläge zur Ahndung von Mietwucher und zur Sanktionierung von Verstößen gegen die Mietpreisbremse erarbeiten soll. "Allerdings sind diese ersten Schritte bei Weitem nicht ausreichend, um in der Mietenund Wohnungspolitik eine nachhaltige Wende einzuleiten," erklärte der DBV.

dieser Stelle einen Neubau zu

lich an die des bestehenden

Gebäudes erinnert. Ebenfalls

soll links daneben ein Gebäude

entstehen, welches mit einem

Doppelgiebel gestaltet ist und

Der Unterschied zu allen vor-

herigen Planungen und Entwür-

fen ist aber nicht nur in der Ge-

staltung der Fassade zu sehen,

sondern im zunächst überzeu-

Komplex soll eine von der Po-

genden Gesamtkonzept. Der

litik gewünschte Umfahrung

zum Aldi- und Penny-Markt

erhalten, wodurch sich die Ver-

kehrssituation an den schwieri-

gen Kreuzungen Marktstraße/

Markt und Küsterkamp/Markt

entschärfen könnte. Auch die

Ein Teil der Pflegeheimkos-

ten wird also übernommen,

der Rest muss aus Rente, Er-

sparnissen oder gegebenen-

falls vom Sozialamt bezahlt

werden. Dieser Betrag setzt

sich zusammen aus den Kos-

Verpflegung und Investitions-

ten für Pflege, Unterkunft,

kosten.

somit die gewohnte Ansicht

aufgreift.

errichten, dessen Fassade deut-

Wiedereinführung der Wehrpflicht?

5000 tote Soldaten pro Tag. Damit rechnet der Reservistenverband der Bundeswehr im Fall eines Kriegs gegen Russland. Dafür braucht es eine größere Bundeswehr. Dafür soll jetzt wieder die Wehrpflicht eingeführt werden. Und damit soll jetzt ernst gemacht werden.

Der Gesetzesentwurf zum "neuen Wehrdienst" sieht vor, die Bundeswehr inkl. der Reservisten auf 460.000 Soldatinnen und Soldaten aufzustocken. Alle 18-Jährigen ab dem Jahrgang 2007 sollen künftig einen Brief mit einer Befragung bekommen. Männer müssen Angaben über die körperliche Verfasstheit und ihre Bereitschaft den Wehrdienst anzutreten machen. Ab 2027 soll es verpflichtende Musterungen geben. Wenn sich nicht genug Freiwillige melden, soll auch verpflichtend eingezogen werden, im Zweifel auch ältere Jahrgänge und auch Frauen. Damit der Widerstand in der

die Mehrheit der Jugendlichen die Wehrpflicht ab. Denn sie sind es, die ihre individuelle Lebensgestaltung einschränken sollen, um Befehle zu befolgen und um und ihr Leben zu riskieren. Laut der "Jugendtrendstudie 2025" vom Institut für Generationenforschung sind 81 Prozent derjenigen, die zwischen 1995 und 2010 geboren wurden, nicht bereit, für ihr Land zu sterben.



Generationenforschung www.generation-thinking.de

Für die maßlose Aufrüstung bezahlen wir alle. Unsere Schulen werden weiter verfallen, die Umwelt weiter zerstört. Für Schwimmbäder und Sportvereine ist kein Geld da, Brücken, Schienen und Infrastruktur werden weiter den Bach runtergehen – außer sie sind militärisch relevant.



Gesellschaft nicht zu groß wird, wird die Wehrpflicht Schritt für Schritt per Salami-

Obwohl die Bundeswehr bezahlte Studiengänge und Ausbildungen anbietet und man beim Freiwilligen Wehrdienst schon jetzt mehr als Jahr, klagt die Bundeswehr me. Und von denen, die sich freiwillig melden, bricht mehr als jeder Vierte ab, Tendenz steigend. Kein Wunder: Sind doch bei der Bundeswehr militärischer Drill, Übergriffe und Gewalt an der Tagesordnung – im schlimmsten Fall gibt man sein Leben.

Die gesamte Gesellschaft soll "kriegstüchtig" gemacht werden. Dafür werden jetzt verstärkt Jugendoffiziere an Schulen geschickt, auf Youtube und TikTok wird Krieg als Abenteuer vermarktet, die Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Raum durch Veteranentage und auf Volksfes-



dreimal so viel Geld bekommt wie beim Freiwilligen Sozialen über große Nachwuchsproble-

ten erhöht.

Taktik eingeführt.

Gesellschaft insgesamt lehnt

Die Bundesregierung hat im Bundeshaushalt eine massive Erhöhung der Ausgaben für die Bundeswehr - neben weiteren Schulden im sogenannten Sondervermögen - vorgeschlagen; dieser Hochrüstungskurs wurde vom Bundestag beschlossen. Das bedeutet, dass in allen anderen Bereichen aufs Heftigste gekürzt

Mit dem Geld, das in die Rüstung gesteckt wird, wäre innerhalb kürzester Zeit die Wohnungsnot und das Mietenproblem erledigt. Wir könnten alle Schulen sanieren und kostenlose Kitas für alle finaz-



Helmut Welk Kriegsdienstver-

ieren. Wir könnten alle Rentnerinnen und Rentner aus der Armut befreien, ein elternunabhängiges Bafög einführen und den ÖPNV kostenlos machen und ausbauen. Und wahrscheinlich ginge mit diesen Summen noch viel, viel mehr.

Bauvorhaben "Hotel Stadt Hamburg"

BALL stimmt Weiterplanung zu

eit vielen Jahren können die Barmstedter Bürgerinnen und Bürger der Ruine des Gebäudekomplexes unter anderem bestehend aus dem ehemaligen Rewe-Markt und dem früheren "Hotel Stadt Hamburg" beim Verfall zuschauen. Alle bisherigen Bemühungen einen geeigneten Investor zu finden, der die am Marktplatz befindliche Immobilie so entwickelt, dass die politischen Gremien zustimmen konnten, scheiterten. Immerhin handelt es sich um ein zentrales Gebäude, welches das Gesicht der Stadt auf Jahrzehnte prägen wird.



Reimund Bauer

Nachdem die Fortführung der



Planungen eines überregionalen Bauunternehmens im letzten Jahr gescheitert waren, nahm sich ein Barmstedter Bürger des Geländes an und lieferte einen neu überarbeiteten Projektplan, dem unter anderem die **BALL-Fraktion im ersten Schritt** zustimmen konnte. Zwar kann das Gebäude "Hotel Stadt Hamburg" nicht erhalten werden, aber der Entwurf sieht vor, an

Zufahrt zum Rewe-Parkplatz soll neu geregelt werden. Wir erhoffen uns durch die Nutzung als Wohn- und Geschäftsgebäude mit gastronomischem Angebot eine weitere Belebung der Innenstadt.

Eigenanteil an Heimpflegekosten gestiegen

Wer kann sich das noch leisten?

mmer mehr Menschen sind pflegebedürftig und wer den meist zu Hause gepflegt. Andere leben in Pflegeheimen. Bevor ein Umzug in ein Pflegeheim stattfinden kann, muss zunächst die Finanzierung geklärt werden. Einen Großteil der Heimkosten müssen Pflegebedürftige und ihre Familien zahlen. Die Anteile, die Heimbewohner selbst zahlen müssen, sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

Die durchschnittlichen Pflegeheimkosten, die Pflegebedürftige laut Angaben des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) zahlen müssen, stieg im Vergleich zum Vorjahr am 1. Juli 2025 im bundesweiten Schnitt von 2871 auf der Ausstattung des Heims und



3108 Euro im ersten Jahr des Heimaufenthalt. Wer einen anerkannten Pflegegrad hat, dem stehen Leistungen der Pflegekasse zu. Die tatsächlichen Kosten können aber stark variieren und hängen vom Bundesland,

dem individuellen Pflegegrad ab. Die Höhe des Eigenanteils ist nicht konstant, sondern verringert sich über die Dauer des Aufenthalts durch einen Leistungszuschuss der Pflegekasse, der mit der Aufenthaltsdauer steigt.

Alleine 507 Euro zahlen Pflegebedürftige für Investitionskosten. Dazu die VDK-Präsidentin Verena Bentele: "Wir fordern die Bundesländer auf, endlich ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Übernahme der Investitionskosten nachzukommen." Wenn ein Heim ausbildet, fallen Ausbildungskosten an. Bis zu 134 Euro zahlen Bewohnerinnen und Bewohner dafür pro Monat, obwohl man die Finanzierung

der Ausbildung durchaus als

gesamtgesellschaftliche Auf-

gabe betrachten kann.

Aber: Anders als in der